This document was translated from English by machine and may contain mistakes. The English original is at https://www.novaracg.com/2026/08/12/worthy-of-the-trust-the-sledd-case-and-safeguarding-in-deaf-schools/.

Der Fall Sledd und Schutzmaßnahmen an Deaf Schools: Des Vertrauens würdig

Heather Grizzle · August 12, 2026

Der Fall Sledd an der Oklahoma School for the Deaf wirft Fragen zu Meldepflichten, Vertrauen und Rechenschaftspflicht auf, ohne Gehörlosenschulen pauschal zu verurteilen.

Das Strafverfahren gegen den ehemaligen Lehrer und Trainer der Oklahoma School for the Deaf, Sean Thomas Sledd, ist nach seiner Stellung bei den Behörden und seiner Freilassung gegen eine Kaution von 275.000 Dollar vorangeschritten. Während das Gerichtsverfahren weitergeht, entwickelt sich innerhalb der Deaf-Gemeinschaft eine separate, wichtige Diskussion über institutionelle Verantwortung, Meldepflichten, das Vertrauen der Gemeinschaft und die Zukunft von Schulen für Gehörlose.

Diese Diskussion erfordert Präzision. Strafrechtliche Vorwürfe gegen einen einzelnen Mitarbeiter belegen nicht, dass die Oklahoma School for the Deaf, die Internatsbildung für Gehörlose oder Schulen für Gehörlose im Allgemeinen von Natur aus unsicher sind. Sexueller Missbrauch ist kein Phänomen, das ausschließlich an Gehörlosenschulen vorkommt, und einen einzelnen Strafprozess als Beleg dafür zu nutzen, dass Gehörlosenschulen geschlossen werden sollten, würde sowohl die weitverbreitete Prävalenz von Missbrauch in allen Bildungseinrichtungen als auch die besondere Rolle ignorieren, die Gehörlosenschulen im Leben vieler gehörloser Kinder spielen. Diese Einrichtungen können direkten Sprachzugang, kulturell angemessene Bildung, gehörlose Gleichaltrige und erwachsene Vorbilder, außerschulische Angebote und ein Gemeinschaftsgefühl bieten, das viele gehörlose Schüler in Regeleinrichtungen nicht finden.

Nichts davon sollte jedoch gehörlose Institutionen über jede Prüfung erhaben machen. Die Unterstützung der Gehörlosenbildung erfordert nicht, eine Institution vor berechtigten Fragen zum Schutz ihrer Schüler abzuschirmen. Im Gegenteil: Die Bedeutung von Gehörlosenschulen begründet eine stärkere Verpflichtung sicherzustellen, dass ihre Schutzsysteme glaubwürdig, zugänglich, unabhängig und auch dann funktionsfähig sind, wenn Vorwürfe Personen mit erheblichem Ansehen innerhalb der Gemeinschaft betreffen.

The allegations involving Sledd illustrate why institutional governance matters. Publicly available state records indicate that his relationship with the Oklahoma School for the Deaf extended well beyond ordinary employment. State archival material identifies him as an OSD student as early as 2011. He later returned to the school as an educator and coach and built a prominent athletic profile. In November 2024, Superintendent Heather Laine publicly praised Sledd and his coaching staff following the school's third consecutive Great Plains Schools for the Deaf football championship. By January 2025, OSD was reporting his National Deaf Interscholastic Athletic Association Division II Coach of the Year recognition to the Oklahoma Commission for Rehabilitation Services.

Diese Vorgeschichte ist relevant – nicht weil sie ein Fehlverhalten anderer belegt, sondern weil Schutzsysteme berücksichtigen müssen, wie Macht in kleinen, eng verbundenen Gemeinschaften tatsächlich wirkt. Institutionelle Macht beschränkt sich nicht auf Organigramme. Eine Person kann durch langjährige Zugehörigkeit, Ansehen, sportlichen Erfolg, Alumni-Status, familiäre Bindungen, berufliche Beziehungen oder jahrelanges Engagement in der Gemeinschaft erhebliche informelle Autorität erlangen. Wenn eine Person mehrere dieser Autoritätsquellen vereint, können Schüler und Kollegen diese Person ganz anders erleben als einen gewöhnlichen Mitarbeiter.

Dies ist besonders bei gehörlosen Institutionen relevant, wo sich berufliche, pädagogische, kulturelle, sportliche und soziale Netzwerke überschneiden. Ein ehemaliger Schüler kann Lehrer werden. Ein Lehrer kann Trainer werden. Trainer, Verwaltungspersonal, Alumni, Eltern, Dolmetscher, Fürsprecher und Gemeindevorsteher kennen sich möglicherweise aus mehreren Zusammenhängen. Diese Beziehungen gehören oft zu den Stärken der Deaf-Gemeinschaften, können aber aus Governance-Sicht die Meldung von Fehlverhalten sozial erschweren. Ein Schutzsystem, das nur um formelle Aufsichtsbefugnisse herum konzipiert ist, kann daher bedeutende Formen informellen Einflusses übersehen. Das bedeutet nicht, dass eng verbundene Deaf-Gemeinschaften von Natur aus gefährlich sind. Es bedeutet, dass die Institutionen, die ihnen dienen, Schutzmaßnahmen brauchen, die auf die Gemeinschaften zugeschnitten sind, denen sie tatsächlich dienen.

Wenn Vorwürfe eine angesehene oder eng vernetzte Person betreffen, kann institutionelle Loyalität die Reaktion zusätzlich erschweren. Mitglieder der Gemeinschaft tun sich möglicherweise schwer, schwerwiegende Vorwürfe mit jahrelangen positiven Erfahrungen mit dieser Person in Einklang zu bringen. Kritik an einer bestimmten Schu-

le kann als Kritik an der Gehörlosenbildung selbst wahrgenommen werden, insbesondere angesichts der langen Geschichte, in der Gehörlose Gehörlosenschulen, Gebärdensprache und von Gehörlosen geleitete Bildungseinrichtungen gegen Schließung, Zusammenlegung und ohne echte Beteiligung von Gehörlosen auferlegte Maßnahmen verteidigen mussten.

Diese Geschichte verdient Anerkennung, aber institutionelle Verteidigung darf kein Ersatz für institutionelle Rechenschaftspflicht werden. Es geht nicht um die Wahl zwischen dem Schutz von Gehörlosenschulen und dem Schutz gehörloser Kinder. Ein nachhaltiges Bildungssystem für Gehörlose muss beides leisten.

Aus diesem Grund lautet die zentrale Governance-Frage, die dieser Fall aufwirft, nicht, ob Schulen für Gehörlose gut oder schlecht sind. Die sinnvollere Frage ist, welche Schutzmaßnahmen Gehörlosenschulen benötigen, damit Schüler Fehlverhalten sicher melden können und Bedenken nicht deshalb verschwinden, weil die betroffene Person angesehen, gut vernetzt, erfolgreich oder institutionell bedeutsam ist.

Those safeguards should include clearly defined mandatory-reporting procedures, accessible reporting mechanisms for students, documented escalation requirements, protection against retaliation, independent channels outside a student's immediate school hierarchy, and relationships with organizations capable of providing culturally and linguistically accessible victim advocacy. Institutions should also periodically test whether those mechanisms work in practice. A policy sitting in an employee handbook is not the same as a functioning safeguarding system.

The distinction between individual misconduct and institutional responsibility is especially important in the Sledd case because significant factual questions remain unresolved. The Oklahoma Department of Rehabilitation Services has stated that Sledd was removed from campus when officials became aware of the police investigation. Earlier reporting by KFOR, however, indicated that police were investigating whether other people may have known about the alleged relationship and failed to act. According to KFOR's description of the police report, a staff member allegedly witnessed physical behavior involving Sledd and the student and confronted him.

Those allegations do not establish that school administrators knew about the conduct. They do not show that any particular employee violated Oklahoma's mandatory-reporting requirements, and they should not be treated as proof of institutional wrong-

doing before the underlying facts are known. They do, however, make the reporting chain a legitimate subject of inquiry.

Wenn ein Mitarbeiter ein Verhalten beobachtet hat, das besorgniserregend genug war, um einen Angestellten zur Rede zu stellen, kommt es darauf an, was danach geschah. Ermittler und Aufsichtsbehörden müssen möglicherweise klären, wann der mutmaßliche Vorfall stattfand, ob er dokumentiert wurde, ob weitere Personen informiert wurden, ob eine Meldepflicht bestand, ob diese erfüllt wurde und welche Verfahren zur Eskalation von Bedenken über eine Person mit erheblichem Ansehen in der Gemeinschaft existierten. Dies sind Sachfragen, und sie sollten anhand von Beweisen und nicht durch Spekulation beantwortet werden.

Diese Unterscheidung ist für eine verantwortungsvolle Governance von wesentlicher Bedeutung. Rechenschaftspflicht bedeutet nicht, institutionelle Schuld zuzuweisen, bevor eine Untersuchung abgeschlossen ist. Sie bedeutet, die Fähigkeit zu bewahren, schwierige Fragen zu stellen, eine verlässliche Chronologie zu erstellen, zu klären, wer was wann wusste, zu bewerten, ob bestehende Schutzmaßnahmen wie beabsichtigt funktionierten, und Versäumnisse zu korrigieren, falls die Beweise dies zeigen.

Es gibt hier auch eine größere Lehre für gehörlose Institutionen über Oklahoma hinaus. Barrierefreiheit und Schutz können nicht als getrennte Verpflichtungen behandelt werden. Ein Kind ist nicht ausreichend geschützt, nur weil formal ein allgemeines Meldesystem existiert. Meldemechanismen müssen selbst zugänglich sein. Gehörlose Schüler müssen in der Lage sein, Bedenken direkt und vertraulich in einer Sprache und einem Kommunikationsmodus zu äußern, die sie effektiv nutzen können, und sie sollten nicht ausschließlich auf dasselbe zwischenmenschliche Netzwerk angewiesen sein, in dem sich das mutmaßliche Fehlverhalten ereignet hat – insbesondere wenn die beschuldigte Person darin erhebliche formelle oder informelle Autorität besitzt.

Unabhängige Aufsicht ist daher kein Angriff auf die Autonomie der Deaf-Gemeinschaft. Richtig gestaltet kann sie diese sogar stärken. Von Gehörlosen geleitete und gehörlosengerechte Schutzstrukturen, zugängliche externe Meldekanäle, unabhängige Untersuchungen, transparente Meldeprotokolle und Partnerschaften mit Opferberatern aus der Deaf-Gemeinschaft verringern allesamt die Wahrscheinlichkeit, dass Rechenschaftspflicht von persönlichen Beziehungen oder institutionellem Ansehen abhängt.

Das Rechtssystem wird die strafrechtlichen Vorwürfe gegen Sledd in seinem eigenen Verfahren klären. Die Deaf-Gemeinschaft muss diesem Verfahren nicht vorgreifen, um ein ernsthaftes Gespräch über Governance zu führen. Man kann Versuche zurückweisen, sexuellen Missbrauch als ein Problem darzustellen, das ausschließlich Gehörlosenschulen betrifft, und gleichzeitig darauf bestehen, dass gehörlose Institutionen strenge Schutzmaßnahmen aufrechterhalten. Man kann die pädagogische und kulturelle Bedeutung von Schulen für Gehörlose verteidigen und gleichzeitig fragen, ob die Meldeverfahren in einem konkreten Fall funktioniert haben. Man kann das rechtsstaatliche Verfahren für eine beschuldigte Person respektieren und gleichzeitig die Systeme prüfen, die zum Schutz von Kindern konzipiert wurden. Diese Positionen widersprechen sich nicht. Sie sind Bestandteile einer verantwortungsvollen Governance.

Gehörlose Kinder sollten nicht zwischen Sprachzugang, kultureller Zugehörigkeit, Bildungschancen und Sicherheit wählen müssen. Ihnen steht all das zu. Der Schutz der Institutionen, die diese Möglichkeiten bieten, erfordert daher mehr als die Verteidigung ihrer Existenz. Er erfordert den Aufbau von Systemen, die stark genug sind, einer Prüfung standzuhalten, wenn möglicherweise etwas schiefgelaufen ist. Das Ziel ist nicht, Gehörlosenschulen immun gegen Kritik zu machen. Das Ziel ist, sie des Vertrauens würdig zu machen, das gehörlose Kinder und ihre Familien in sie setzen.

> **TIPS**
>
> Know something about a sign language AI system that the public should know? Send it to tips@novaracg.com. Every tip is read by me and kept confidential. If you work in the UK, writing to us is not by itself a protected disclosure under the Public Interest Disclosure Act 1998, so before you share employer information, check your options with Protect (protect-advice.org.uk), the free whistleblowing advice line.

Zitierweise

Grizzle, H. M. (2026, August 12). Der Fall Sledd und Schutzmaßnahmen an Deaf Schools: Des Vertrauens würdig. Novara Consulting Group. https://doi.org/10.5281/zenodo.23003340